

*Der Landesvorstand möge beschließen:*

## Mehr Tempo für echte Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

Auch im Jahr 2024 liegt der Gender Pay Gap in Bremen mit 17 % weiterhin über dem Bundesdurchschnitt. Die Ursachen sind vielfältig: strukturelle Unterschiede im regionalen Arbeitsmarkt, eine ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, fehlende Betreuungsplätze sowie eine unzureichende Durchsetzung bestehender Gleichstellungsmaßnahmen. Die Entwicklung der letzten Jahre bleibt ernüchternd – trotz durchaus positiver Entwicklungen schließt sich die Lohnlücke zu langsam.

Mit der Landesstrategie “Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit” und der damit verbundenen Senatskommission hat Bremen wichtige Schritte unternommen, um Problemen entgegenzuwirken.

Es ist erschreckend, dass die finanzpolitische Lage in Bremen droht, diesen Bereich auszubremsen. Bei der Umsetzung der Ergebnisse brauchen wir jetzt entschlossenes, strategisches Handeln und vor allem mehr Tempo in der Umsetzung. Einen Rückschritt können wir uns hier nicht erlauben. Viele der möglichen Maßnahmen sind bekannt, die Politik muss nun in die Gänge kommen. Denn von einer gezielten Förderung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt profitieren alle.

Wir fordern daher den Bremer Senat und die Bürgerschaft auf, die Umsetzung von Maßnahmen zur Lohnleichheit zu beschleunigen. Zusätzlich fordern wir:

1. **Betreuungsangebote ausbauen:** Die Verbesserung der Betreuungsquote muss weiterhin Priorität haben, damit alle Kinder einen Betreuungsplatz erhalten und Eltern sich die Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufteilen können.
2. **Eine schnelle Lösung für den Wegfall der ESF-Mittel finden:** Bestehende Angebote ermöglichen einen wichtigen Zugang zu den Menschen in den Quartieren. Insbesondere arbeitsmarktpolitische Projekte speziell für Frauen müssen bestehen bleiben, die vor allem die Arbeitsmarktintegration von alleinerziehenden Müttern, sowie Frauen mit Migrations- und Fluchtgeschichte unterstützen.
3. **Gleiche Verteilung von Care Arbeit:** Das Land Bremen muss sich auf Bundesebene für Maßnahmen zur gleichen Verteilung von Sorge- und Betreuungsarbeit einsetzen. Dazu gehören insbesondere die Abschaffung des Ehegattensplitting, die Förderung von geteilter Führung und eine Reform des Elterngelds, die Väter stärker in die Pflicht nimmt.

**Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist keine Frage der Geduld und des guten Willens, sondern der Gerechtigkeit – und die kann nicht länger warten!**